

Fraktion Die Linke. PDS
Georgenstraße 25
99817 Eisenach

SPD – Fraktion
Marienstraße 57
99817 Eisenach

Fraktion B 90/ Die Grünen
Karlstraße 5/7
99817 Eisenach

Stadtverwaltung
Oberbürgermeister
Herr Doht
Markt 2
Eisenach
99817

Eisenach, den 15.03.07

Antrag zur 32. Stadtratssitzung

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, allen nach Asylbewerberleistungsgesetz berechtigten Personen in Eisenach, auch den in der Gemeinschaftsunterkunft lebenden Asylbewerber/innen, statt Wertgutscheinen den ihnen zustehenden Betrag in Bargeld auszusahlen.
2. Der Oberbürgermeister wird weiterhin gebeten, ein Konzept zur dezentralen Unterbringung aller in Eisenach lebenden Asylbewerber/innen und Flüchtlinge in Einzelunterkünften bzw. in Wohngemeinschaften dem Stadtrat vorzulegen.

Begründung:

Auszug aus dem Asylbewerberleistungsgesetz §3 Grundleistungen:

Absatz 2: „Bei einer Unterbringung ... im Sinne des § 44 des AsylbwlG können, soweit es nach den Umständen erforderlich ist, anstelle von vorrangig zu gewährenden Sachleistungen nach Absatz 1 Satz 1 Leistungen in Formen von Wertgutscheinen, von anderen vergleichbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen im gleichen Wert gewährt werden“.

Die Form der Leistungen – Geld oder Sachleistungen – nach §3-7 Asylblg steht weitgehend im Ermessen von Behörden.

Bremen, Hamburg und Sachsen Anhalt geben flächendeckend Barleistungen aus, in weiteren 4 Bundesländern werden mit Ausnahme weniger Kommunen Geldleistungen gewährt.

Auch in Thüringen geht mit der Stadt Jena eine Kommune einen eigenständigen Weg.

In Eisenach müssen sich Familien, die im Asylbewerberheim leben, durch das Gutscheinsystem auf wenige und zum Teil überteuerte Einkaufsläden beschränken.

Artikel 1 und 20 des Grundgesetz stellen das Recht des Einzelnen am gesellschaftlichen Leben, materiell, individuell und kommunikativ teil zu nehmen in den Vordergrund.

Asylbewerber in Eisenach werden daran gehindert, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadt teilzunehmen. Allen Bürger/innen sollte es gleichberechtigt möglich sein, ihre Bedarfsdeckung an Lebensmitteln, Kleidung, Kultur und Bildung frei zu gestalten.

Mit einem „Taschengeld“ von rund 40,- € Bargeld ist dies ausgeschlossen.

Darüber hinaus ist das Asylbewerberheim seit Jahren nicht ausgelastet. Durch eine dezentrale Unterbringung, wie es in vielen Städten bereits Praxis ist, würde den Asylbewerbern mehr Lebensqualität gegeben, zusätzlich ergibt sich eine finanzielle Entlastung des Stadthaushaltes.

Für die Fraktionen:

Ch. Wi-Lo
SPD-Fraktion

A. J. /
DÄNDELIS³⁰ / DIE GRÜNEN

H. May
DIE LINKE